

Calmer Wochenblatt

Nr. 4.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Ercheinungswelfer: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die klein patlige Seite 15 Pfg. Kleinanzeige 30 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr abends in Calw. Fernsprecher 9.

Dienstag den 7. Januar 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frägelohn RM. 2.25 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Nachbarortbereich RM. 2.15, im Fernverkehr RM. 2.25, Beleggeld in Württemberg 30 Pfg.

Bürgerkrieg in Berlin.

Die Wahlen in Baden.

Das Ergebnis der badischen Wahlen.

Karlsruhe, 6. Jan. Bei den gestrigen Wahlen zur badischen Nationalversammlung wurden gewählt: 41 Mitglieder des Zentrums, 35 Sozialisten, 24 Demokraten, 7 Deutsch-Nationale, kein Unabhängiger.

Der Bürgerkrieg in Berlin.

(WB.) Berlin, 6. Jan. Heute vormittag fand in der Reichskanzlei ein Kriegsrat der Volksbeauftragten statt unter Beteiligung der Mitglieder des Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Die Regierung hat beschloffen, sofort mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einzugreifen, um dem Treiben der Spartakusleute ein Ende zu setzen. Zum Oberkommandierenden der Regierungstruppen wurde der Volksbeauftragte Noske ernannt. Die regierungstreuen Truppen werden mit Lastautos von allen Seiten in das Innere der Stadt befördert, wo sie in der Nähe der Reichskanzlei gesammelt werden. Im Innern der Stadt ist den Passanten Weisung erteilt worden, so schnell wie möglich die Straßen zu verlassen. Alle Fenster müssen geschlossen bleiben. Die Regierung hat es abgelehnt, mit den Spartakusleuten zu verhandeln. Die beiden Parteien stehen sich in 100 Meter Entfernung gegenüber. Nach dem „Achtuhr-Abendblatt“ dürfte es zu neuen blutigen, folgenschweren Zusammenstößen kommen.

Es liegt uns heute eine große Menge von Nachrichten aus Berlin vor, die wir wegen Platzmangels und Behinderung in der Benützung unserer Schreibmaschinen nicht wiedergeben können. Wir müssen uns deshalb auf eine gedrängte Zusammenfassung der Ereignisse beschränken. Die heute noch andauernden Zustände lassen darauf schließen, daß die unabhängigen Sozialisten und die Spartakusleute am Sonntag und Montag einen vorbereiteten Plan zur Ausführung bringen wollten, die Regierung Ebert-Scheidemann stürzen, und wie Liebknecht sagte, „zum Abscheu der ganzen Welt“ machen. Man hatte zu diesem Zweck die Anhänger der Radikalen bewaffnet, die Spandauer Waffen- und Munitionsdepots wurden gestürmt, und nun zog man vor das Reichskanzlerpalais und bedrohte die Volksbeauftragten Ebert und Scheidemann, die wiederum von einer großen Menschenmenge beschützt wurden. Das Wolffsche Telegraphenbureau wurde besetzt und ebenso der „Vorwärts“. Den nächsten Anlaß zum Ausbruch des Streiks gab die Absetzung des Polizeipräsidenten Eichhorn, der sich durch die Tassache der Annahme von Unterstützungsgeldern seitens der russischen Bolschewisten bloßgestellt hatte. Eichhorn erklärte, er werde bleiben, solange er das Vertrauen des Berliner Proletariats, mit anderen Worten, des Berliner Straßenpöbels besitze. Die Volksbeauftragten, deren Leben direkt von den Spartakusleuten bedroht wird, haben sich nun vom Zentralrat der deutschen A- und S.-Räte die Vollmacht geben lassen, endlich mit dem Terror, der auf die Regierung und die öffentliche Meinung in Berlin in unerhörter Weise ausgeübt wird, aufzuräumen. Es wurden regierungstreue Truppen herangezogen, wogegen die Spartakusleute ebenfalls Soldaten ihrer Farbe heranzuführen. Die Volksmarine division hält selbstverständlich zu Liebknecht, Eichhorn und Rosa Luxemburg. Auch der Russe Radek macht Propaganda für die radikale Umsturz Bewegung. Wie die Kämpfe, die nach den letzten Nachrichten immer noch andauern und die mit Armeegewehren und Handgranaten, sowie Maschinengewehren durchgeführt werden, enden werden, das kann im gegenwärtigen Augenblick nicht vorausgesagt werden. Die Reichsregierung stellt sich nach den Äußerungen Scheidemanns und Eberts auf den Standpunkt, daß mit den „Spartakuschweineereien“ endlich Schluß gemacht werden müsse, damit wir Frieden und Brot bekommen. Die Radikalen, sagte Scheidemann wollen die Wahlen zur Nationalversammlung verhindern und die Revolution weiterführen,

während die Regierung zwecks Sicherung der Ordnung und Ruhe die Wahlen ordnungsmäßig durchzuführen gewillt ist. Hoffen wir, daß es der Regierung jetzt endlich gelingt, die Straßenpolitik auszufalten.

Daß die Unabhängigen u. Spartakusleute im Volke nicht die Anhänger sind, die sie sich einreden, das können sie aus dem Ergebnis der Wahlen in Baden ersehen. Allerdings wird man sagen müssen, gerade das „Musterländle“ Baden bildete von jeher durch seine gemäßigten, liberalen Politik, die die Klassegegensätze nicht in dem Grade hervortreten ließ, wie sie in Norddeutschland bewußt konstruiert wurden, für radikale Strömungen keinen günstigen Nährboden, und daran mögen sich diejenigen ein Beispiel nehmen, die schon wieder Bürger 1. und 2. Grades einführen möchten. Darüber dürfen wir uns keiner Illusion hingeben, in den Staaten des Klassenwahlrechts, Preußen und Sachsen, werden die Wahlen für die bürgerlichen Parteien nicht so gut ausfallen, abgesehen vielleicht vom Zentrum, das seine Wähler aus religiösen Gründen zu halten wußte, und das auch im Kriege in richtiger Erkenntnis der Volkspolizei eine volkstümliche Politik eingehalten hat. Aber das wird man ruhig behaupten können, eine sozialistische Mehrheit werden wir für die Nationalversammlung nicht zu fürchten haben. Das Stimmverhältnis in Baden ist folgendes: Zentrum 369 058 (1912: 129 104), Sozialdemokraten 316 181 (117 154), Nationalliberale und Fortschritt zusammen 227 110 (138 979), die Konservativen 70 081 (29 141) und unabhängige Sozialdemokratie 14 550 (1912 noch nicht getrennt). Also die unabhängigen Sozialisten haben in Baden eine ausgesprochene Ablehnung ihrer Anschauung zu verzeichnen. Den Gewinn an den Wahlen haben die Parteien der Mehrheitssozialisten und des Zentrums, wo die Organisation straff und wohl durchgebildet ist. Hier werden eben besonders auch die Frauen einen starken Anteil genommen haben. Die liberalen Parteien haben eigentlich nicht viel von dem Frauenwahlrecht profitiert, weil sie eine gute politische Bildung für die Aufnahme ihrer Ideen beanspruchten, während die anderen Parteien mehr mit Schlagwörtern wie Religion, bessere Löhne usw. arbeiten können. Und da die Frauen diesmal den Ausschlag geben, so sind solche Schlagwörter ja nach dem Stand der Frau maßgebend. Immerhin aber ist eine überragende Mehrheit der bürgerlichen Parteien vorhanden. Die ausschlaggebende Stellung in der badischen Landesversammlung wird die demokratische Partei haben, da weder die Linke noch die Rechte ohne sie eine Mehrheit zu bilden vermag. Entsprechend den Traditionen der parlamentarischen Entwicklung in Baden dürfte aber die Regierung wohl aus Demokraten und Mehrheitssozialisten gebildet werden, obwohl in vielen Fragen ein Zusammengehen der Linken mit dem Zentrum möglich sein wird.

O. S.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Der angelsächsisch-romanische Bund macht den Präliminarfrieden.

Genf, 7. Jan. Am 14. Januar findet in Paris die Konferenz der vier verbündeten Großmächte statt, in welcher die Grundlagen für den Präliminarfrieden festgesetzt werden.

Immer wieder Worte statt Brot.

Paris, 3. Jan. (Reuter.) Der Vorsitzende der amerikanischen Lebensmittelkommission Hoover gab einen Bericht über die Ernährungslage Europas, in dem er sagte: Die Bevölkerung Deutschlands hat sicher genug Vorräte, um noch eine Zeit lang auszuhalten, abgesehen von der Versorgung mit Fett, das ohne Zweifel sehr knapp ist, wodurch die Entstehung von Krankheiten und viel sozialer Unzufriedenheit gefördert wird. Die Festsetzung der Bedingungen über Maßnahmen, die notwendig sind, um den befreiten Gebieten zu helfen, muß indessen unsere erste Sorge sein. Sie umfaßt insgesamt Länder mit etwa 125 Millionen Menschen. Durch die Befegung

des Feindes und die Verwüstungen ist die Produktion dieser Länder sehr stark gesunken, und die Lebensmittelvorräte, die sie von der letzten Ernte übrig behalten haben, werden bald erschöpft sein. Damit in der Lebensmittelversorgung während der Zeit der Unterjochung und der Schaffung der Organisation keine Verzögerung entsteht, haben wir durch gemeinsames Zusammenwirken des Kriegsrates und der Lebensmittelverwaltung bis heute etwa 150 000 Tonnen Nahrungsmittel nach verschiedenen europäischen Häfen geschafft. Daneben geben wir bisher monatlich 150 000 Tonnen nach Belgien und Nordfrankreich. Die Ernährung Europas während der nächsten 6 Monate bildet ein großes ökonomisches Problem. Sie ist auch von allergrößter politischer Bedeutung, wenn wir Anarchie verhindern wollen. Das finanzielle Problem zerfällt in drei Kategorien: 1. An Deutschland und einige Alliierte und Neutrale können wir die benötigten Nahrungsmittel in der Form eines richtigen Handelsgeschäftes gegen angemessene Bezahlung in annehmbaren Werten verkaufen. 2. Die befreiten Gebiete und einige Alliierte, denen Amerika nach den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen zeitweilige Anleihen geben kann. 3. Die Völker, die die Unterstützung Amerikas in erheblichem Maße benötigen, denen diese Unterstützung aber aus den gegenwärtig verfügbaren Fonds nicht gewährt werden kann. Es erscheint den Alliierten und der amerikanischen Regierung nur gerecht, daß, da ein großer Teil der Schwierigkeiten der befreiten Länder durch die rücksichtslosen Handlungen der deutschen Armeen (!) verursacht ist, die Deutschen veranlaßt werden sollten, Schiffe für den Nahrungsmitteltransport nach diesen Gebieten zu stellen. Es wird zweifellos eine Vorbedingung für die Gewährung von Lebensmittelsendungen an Deutschland sein, daß deutsche Schiffe für die Versorgung aller befreiten Länder benutzt werden.

Aus den Verhandlungen der Waffenstillstandskommission.

(WB.) Berlin, 3. Jan. Die Deutsche Waffenstillstandskommission gibt bekannt, daß die Engländer nunmehr versprochen, aus England 800 schwerverwundete Deutsche über Rotterdam und 400 ebenfalls schwerverwundete kriegsgefangene Deutsche auf dem Wege über die Front nach Köln zurückzuführen. Außerdem wollen die Amerikaner die in ihren Linien zurückgebliebenen Sanitätspersonen über Koblenz nach Deutschland zurückzuführen. Die Kommission hat die Alliierten dringend gebeten, diesem Beispiel baldmöglichst allgemein zu folgen.

Die D. W. A. gibt bekannt, daß in der letzten Sitzung über die elsass-lothringische Angelegenheiten eine Entscheidung des Marschalls Foch mitgeteilt wurde, nach der den Familien der deutschen Beamten in Elsass-Lothringen keinerlei Befehl erteilt worden ist, Elsass-Lothringen vor dem 15. 12. zu verlassen. Nach Wiederherstellung des normalen Verkehrs kann der Transport des Mobilars der Beamten bewerkstelligt werden. Ferner wurde bestimmt, daß kein Fabrikzeugnis von Elsass-Lothringen oder den besetzten deutschen Gebieten nach dem unbesetzten deutschen Gebiet herausgehen darf ohne Erlaubnis der zu diesem Zwecke in Straßburg und Köln eingerichteten Sonderausschüsse.

Die D. W. A. gibt bekannt, daß das Oberkommando der Alliierten mitgeteilt habe, die polnische Regierung führe Klage darüber, daß die deutschen Militärbehörden in Litauen und Polen angeblich die Organisation der lokalen Verteidigung gegen die Bolschewisten verhindert. General v. Winterfeldt erklärte, es könne der deutschen Obersten Heeresleitung nur willkommen sein, wenn die Polen sich gegen den Bolschewismus wenden. — Dem deutschseits geäußerten Wunsch, freien Verkehr für Arzneimittel zu gewähren und Kohle sendungen für das Bergbau- und Bergwerk zuzulassen, ist Folge gegeben worden. — Französischerseits wurde vor dem Verkauf der in den Schlössern und Potsdam befindlichen Kunstwerke gewarnt.

Die D. W. A. teilt mit: Im Zusammenhang mit den gewährten Erleichterungen im Verkehr zwischen dem links- und rechtsrheinischen Gebiet zur Bornahme der Wahlen für die deutsche Nationalversammlung wurde bekannt gegeben, daß in betreff der bayerischen Landtagswahlen,

Die am 12. Januar 1915 stattfindende für die Kaufmannschaft der erforderlichen Gattungsstücke die bayerische Regierung in München zuständig ist.

Die Deutschen in Polen gegen die polnischen Uebergriffe.

(W.B.) Berlin, 2. Jan. Der deutsche Volksrat Westpolen hat an die deutsche Waffenstillstandskommission folgende Bitte gerichtet: 800 000 Deutsche bitten die Waffenstillstandskommission, mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz die Grenzen des Deutschen Reiches vom 1. August 1914 respektiert und aufrecht erhalten bleiben und daß unter keinen Umständen eine Besetzung der Ostprovinzen durch polnische oder Entente-Truppen zugelassen wird. Dafür, daß der Friede im Osten nicht gefährdet wird, kann der deutsche Volksrat für die Deutschen garantieren. Alle gegenseitigen Verbindungen sind erloschen. Es kann auch keine Rede sein von irgend welcher Geg- oder Unterdrückungspolitik in der Provinz Polen. Die neue Regierung verweist sie im Prinzip und die im heutigen Volksrat zusammengeschlossenen Deutschen sind davon ehrlich gewillt, beiden Nationalitäten gerecht zu werden, d. h. auch den Polen reelles nationales Eigenleben zuzubilligen. Aber eben deshalb fordert er auch ebenso energig die Anerkennung der deutschen Rechte und erklärt, daß Ruhe und Ordnung ohne jede fremde Beihilfe gewahrt bleiben würde.

Luxemburg stellt sich unter den Schutz der Entente.

Amsterdam, 7. Jan. Kenter meldet aus Luxemburg: Unter dem Vorsitz der Großherzogin wurde ein Staatsrat abgehalten, der beschloß, an die Ententemächte und die Vereinigten Staaten eine Erklärung zu schicken, worin die luxemburgische Regierung die zwischen dem Großherzogtum und Deutschland bestehenden Verträge über die Zugehörigkeit Luxemburgs zum deutschen Zollverein und über die luxemburgische Prinz Heinrich-Bahn für nichtig erklärt. Die luxemburgische Regierung wünscht entsprechend dem einheitlichen Wunsch der Bevölkerung Verhandlungen aufzunehmen, um eine Annäherung in wirtschaftlicher Beziehung zwischen den Entente-Staaten und Luxemburg zu erzielen. Am Schlusse der Erklärung wird der Schutz der Unabhängigkeit und der Rechte der Bevölkerung Luxemburgs gegenüber Deutschland unter den Schutz der assoziierten Regierungen gestellt.

England als Vorkämpfer für die Freiheit der Völker.

(W.B.) London, 4. Januar. Der Sinnfeiner-abgeordnete für die Grafschaft Waterford Cahal Burgeß wurde gestern in Thurles (Grafschaft Tipperary) verhaftet. Ueber den Grund ist nichts bekannt. Richard Cotter, der nach dem Sinnfeiner-Aufstand gefangen und interniert gewesen war, ist ebenfalls wieder verhaftet worden.

Japan zieht seine Truppen aus Sibirien zurück.

(W.B.) London, 4. Jan. „Daily Express“ meldet unter dem 27. Dezember aus Tokio: Das Kriegsministerium gibt die Zurückziehung von 34 000 Mann japanischer Truppen aus Sibirien bekannt und erklärt, daß Japan beabsichtigt, seine in Sibirien stehenden Truppen auf das geringstmögliche Maß zu beschränken.

Aus dem Lande der „Freiheit“.

Basel, 6. Jan. Eine Meldung der Zentral News aus Washington vom 30. Dezember in der Westminster Gazette vom 30. Dezember besagt laut Frankfurter Zeitung, das Justizdepartement der Vereinigten Staaten werde die Deportation von mehr als 3000 Deutschen und Oesterreichern verfügen, die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten interniert sind. Zu diesem Zweck werde eine besondere Gesetzgebung nötig sein.

Bermischte Nachrichten.

Ende des Berliner Kellnerstreiks.

Berlin, 6. Jan. Nach mehrtägigen Kämpfen haben gestern, wie die Frankfurter Zeitung berichtet, die Gastwirte und ihre Angestellten vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts einen Frieden geschlossen, wobei beide Parteien von ihren Forderungen einiges nachlassen mußten. Vor allem wurde das Trinkgeldsystem endgültig abgeschafft und dafür die feste Besoldung der Kellner eingeführt. Als Mindestbezüge wurden festgesetzt: Kellner unter 20 Jahren 80 Mk., über 20 Jahren 100 Mk. in der Woche. Der Kost- und Logierzwang für das Dienstpersonal ist abgeschafft. Gegebenenfalls werden für Wohnung und Essen 40 Prozent der Löhnung abgezogen. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, das Publikum durch Plakate auf die Abschaffung des Trinkgeldsystems aufmerksam zu machen. Die Betriebe werden heute wieder geöffnet.

Die rote Rosa.

(W.B.) Berlin, 1. Jan. In der gestrigen Nachmittags-sitzung des Spartakusbundes sprach Rosa Luxemburg über das politische Aktionsprogramm des Bundes. Sie führte u. a. aus: Wir müssen uns auf eine Periode sehr starker Zusammenstöße gefaßt machen. Als erste Richtlinie ergibt sich der Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann und die Ersetzung derselben durch eine proletarische Regierung. Wir müssen die Regierung unterminieren durch einen revolutionären Massenstreik des Proletariats auf Schritt und Tritt. Die zweite Forderung ist die Internationalisierung des Bürger-

streikes. Das ist das, was wir zunächst zu erreichen haben. Herr Kadel hat uns gestern den Grüberischen Vertrag der russischen Sowjetregierung überbracht. Unsere Antwort kann allein die sein: Gemeinsamer Kampf des deutschen und des russischen Proletariats im Waffenrock gegen den gemeinsamen Entente-Feind.

Graf Hertling †.

München, 6. Jan. Der ehemalige bayerische Ministerpräsident und vormalige Reichskanzler des Deutschen Reiches unter Kaiserlicher Regierung, Graf von Hertling, ist am Samstag Abend gegen 10 Uhr nach sechsstägigem Krankenlager im Alter von 75 Jahren auf seinem Land-itz in Ruhpolding in Oberbayern gestorben.

Ein abgewiesener Ausfrager.

(W.B.) Amsterdam, 5. Jan. Die Niederländische Telegrafagentur erzählt aus Amerongen: Gestern Abend entstand im Dorfe Amerongen eine beträchtliche Aufregung durch die Ankunft von drei Automobilen, angeblich amerikanischen Heeresautomobilen, die vor Schloß Amerongen hielten. Wie berichtet wird, soll der eine der Insassen, ein amerikanischer Journalist, ein Interview mit dem Kaiser nachgesucht haben, hatte aber keinen Erfolg. Nach einiger Zeit fuhren die Wagen wieder ab.

Die Vergebung gegen alles Deutsche in der Westschweiz.

(W.B.) Bern, 3. Jan. Gegenüber den fortwährenden Behauptungen der westlichen Presse, Fürst Bülow sei in die sogenannte Züricher Bombenaffäre verwickelt, erklärt der Rechtsbeistand des Fürsten in der „Gaz. de Lausanne“, daß Fürst Bülow in Luzern, wo er sich lediglich aus Gesundheitsrücksichten seiner Frau aufhalte, sich jeder politischen Tätigkeit enthalten und niemals an irgend einer anarchistischen Bewegung teilgenommen habe. Die „Gaz. de Lausanne“ hält ihren Vorwurf gegen Fürst Bülow aufrecht und verlangt das Erscheinen des Fürsten bei der demnächst stattfindenden Gerichtsverhandlung.

Roosevelt †.

(W.B.) New-York, 6. Jan. Der frühere Präsident Roosevelt ist infolge einer rheumatischen Erkrankung am Samstag früh gestorben.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 7. Januar 1915.

Vom Rathaus

In der Gemeinderatssitzung vom Samstag teilte der Vorsitzende, Stadtschultheiß Göhner, mit, daß die Weihnachtsgaben für die Calwer Ansmarschiereten diesmal 1150 M betragen haben. — In den nächsten Tagen soll mit den Notstandsarbeiten begonnen werden, die für die Beschäftigung der Erwerbslosen vorgesehen werden. Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß auch die Zahl der Erwerbslosen weibl. Geschlechts zunehme. Demgegenüber wurde aus der Mitte des Kollegiums bemerkt, daß offene Stellen für die Hauswirtschaft immer noch vorhanden seien, obwohl hier in der letzten Zeit eine bemerkenswerte Besserung eingetreten ist. Die Einwohnerschaft soll deshalb ersucht werden, sich zu melden, falls sie vorübergehende oder dauernde Beschäftigung festlicher Art für weibliche Arbeiter hat. — Auf Grund eines früheren Beschlusses des Gemeinderats wurde die Stadtpflegerbuchhalterstelle im „Staatsanzeiger“ ausgeschrieben. Es haben sich neun Bewerber gemeldet, darunter ein ungeprüfter. Gewählt wurde Verwaltungspraktikant Karl Schleich, der schon 1914/15 auf dieser Stelle vertretungsweise beschäftigt war. Die Anstellung erfolgt am 15. Januar.

Stöße der württ. Eisenbahnoverwaltung für die Industrie.

Die Württ. Eisenbahnoverwaltung hat im Laufe des Krieges mit Bestellungen neue Lokomotiven und Wagen nicht zurückgehalten. Sie ist vielmehr mit Rücksicht auf den durch den Krieg veranlaßten starken Verschleiß der Fahrzeuge weit über das sonst übliche Maß der Neubeschaffungen hinausgegangen. So wurden für das Jahr 1918 nicht weniger als 55 Lokomotiven und 800 Wagen mit einem Aufwand von 21 Millionen M bestellt. Bei den Aufträgen für 1919 wurden, und zwar schon vor dem militärischen und politischen Zusammenbruch auch die Schaffung von Arbeitsgelegenheit für die einheimische Industrie in möglichst weitestgehendem Maße berücksichtigt. Es sollen im neuen Jahr 80 Lokomotiven mit einigen Tenzeln und 1370 Wagen mit einem Gesamtaufwand von 31 Millionen M neu beschafft werden. Mehr als die Hälfte hiervon ist bereits vergeben. Unter den bestellten Lokomotiven befinden sich namentlich besonders kräftige Güterzugmaschinen, die sich auch für den Schienenbedienst eignen. Eine Gegenüberstellung dieser Aufträge mit den aus Preußen bekannten ergibt, daß Württemberg hinter Preußen keineswegs zurückbleibt. Die neuen Lieferungen sind ausschließlich an württembergische Firmen übertragen worden, und zwar hat die Generaldirektion der Staatseisenbahnen im engsten Zusammenarbeiten mit der für die Umstellung der Kriegsindustrie auf Friedensarbeit maßgebenden Wirtschaftstechnischen Abteilung des Arbeitsministeriums darauf Bedacht genommen, daß Werke, die nach ihren Einrichtungen nicht für die Herstellung ganzer Fahrzeuge in Betracht kommen können, zur Anfertigung von Teilen herangezogen werden. Für diese Fabriken ist weitere Arbeitsgelegenheit dadurch geschaffen worden, daß Ersatzteile und

Werkstoffe, die vorher in den kaiserlichen Werkstätten hergestellt wurden, in großem Umfangem dorthin vergeben werden. Industrielle, die glauben, sich an solchen Lieferungen beteiligen zu können, sind vom Arbeitsministerium aufgefordert worden, sich an die erwähnte wirtschaftstechnische Abteilung zu wenden.

Die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei in unserem Bezirk.

Von der sozialdemokr. Partei wurde als Bewerber für die Landesversammlung in unserem Bezirk Lagerhalter Robert Störr (Calw) aufgestellt. Auch die selbsterhigen Kandidaten für den Reichstag, Otto Wasner, und den Landtag Georg Reichel, stehen auf dem 150 Namen enthaltenden sozialdemokratischen Wahlvorschlag. — Die Wahlvorschläge sämtlicher Parteien werden im amtlichen Teil unserer Zeitung veröffentlicht werden.

Die Aufgabe und Stellung der evangelischen Kirche in der Gegenwart.

* Im Vereinshaus fand am Freitag für Frauen und am Samstag für Männer eine Versammlung statt, in der die beiden Geistlichen der hiesigen Kirchengemeinde, Dekan Zeller und Stadtpfarrer Schmidt, den Gemeindegliedern Aufklärung darüber gaben, welche Aufgaben der evangelischen Kirche aus der künftigen Neuordnung des Staates erwachsen und welche Stellung sie den neuen Verhältnissen gegenüber einzunehmen habe. Der erste Redner, Dekan Zeller, gab einen hochinteressanten kirchengeschichtlichen Rückblick im allgemeinen, wobei er besonders das Verhältnis von Kirche und Staat kennzeichnete, um dann in besonderer die Entwicklung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Württemberg zu behandeln. Er ging davon aus, daß die Republik wohl die Staatsform der Zukunft bleiben werde, und daß im Hinblick auf die demokratischen Grundzüge dieser Staatsform jeder Bürger mehr als seither am rechtlichen, politischen, sozialen und auch kirchlichen Leben aktiv teilzunehmen haben werde. Mit der Reformation sei erst so recht der Grundgedanke der selbstständigen Persönlichkeit der Kirche zum Ausdruck gebracht worden. Aber der Staat habe auch nach der Reformation noch eine rücksichtslose Gewalt über die Kirche ausgeübt, und erst allmählich habe diese eine gewisse Freiheit und Selbstständigkeit erhalten. In Württemberg geschah dies von 1887 an durch das kirchliche Gemeinderatsgesetz, durch das die Kirche in die Lage kam, einen Teil ihrer Angelegenheiten selbst zu regeln. Die Uebernahme der Schule und der standesamtlichen Arbeiten (Geburt, Ehe, Tod) durch den Staat habe weiterhin die Kirche entlastet. Die Befürchtungen, daß durch die Einführung der Zivildienste kirchlichen Trainungen abnehmen würden, hätten sich glücklicherweise nicht erfüllt. Aber die Erweiterung des kirchlichen Arbeitsfeldes sei immer noch vom Staat abhängig. Neue Pfarreien müßten von der Ständekammer genehmigt werden, und es sei heute so, daß einzelne Pfarreien so groß geworden seien, daß sie von den dafür verfügbaren Geistlichen nicht recht versehen werden könnten. Was nun die verlangte Trennung von Staat und Kirche anbelange, so sei sie eigentlich schon erfolgt, denn der König habe mit seiner Abdankung auch das Amt als Landesbischof niedergelegt. Das in dem vom König selbst angeregten Reversalgesetz, das im Falle einer dynastischen Veränderung in Kraft treten sollte, vorgesehene Kirchenregiment sei ordnungsmäßig noch vor der Revolution ins Leben getreten, und regle jetzt die Angelegenheiten der ev. Landeskirche. Die klare Abgrenzung des Arbeitsgebiets und die finanzielle Selbstständigkeit der Kirche werde auch von kirchenfreundlicher Seite gewünscht, damit die Kirche ihre inneren Grundzüge mehr zum Ausdruck bringen könne; man hoffe, wenn der staatliche Zwang wegfalle, werde viel von dem Mißtrauen verschwinden, das bisher in gewissen Schichten gegenüber der Kirche geherrscht habe. Der Redner charakterisierte sodann die Stellung der Kirche in den Ländern, in denen die Kirche vom Staat getrennt ist. Die Trennung habe in Frankreich der kirchlichen Arbeit sehr geschadet; die Zahl der Theologen habe sehr abgenommen, weil sie keine sichere Existenz mehr hätten. Aus politischen Gründen aber unterstütze Frankreich die Kirche und die kirchliche Schule im Orient sehr nachhaltig. In Amerika stehen nur 25 Prozent der Bevölkerung in direkter Beziehung mit der Kirche. Bei uns in Württemberg sei der innere Ausbau ganz im Sinne der selbstständigen Verkörperung der Kirche erfolgt. Aber die Gemeindeglieder hätten von ihren Rechten sehr wenig Gebrauch gemacht. Beispielsweise hätten an der Kirchengemeinderatswahl 1913 in Calw von 983 Wahlberechtigten das erstemal 103, das zweitemal 107, das drittemal 110 abgestimmt. Was die Forderung der Pfarrratswahl anbelange, so könnten dabei auch mandatschädigungen der Allgemeinheit unterlaufen, sofern örtliche Interessen bei der Wahl mitsprechen. Schon bisher habe die Gemeinde, wie wohl wenig bekannt sei, das Recht gehabt, einen ihr zugeordneten Geistlichen abzulehnen. In den künftigen Bezirks- und Landesmoden werde die Mitwirkung der Kirchenmitglieder direkter erfolgen. Auch den Frauen werde wohl das aktive und passive Wahlrecht verliehen werden, was kein Unrecht sei, denn die bisherigen Ergebnisse der Mitwirkung der

Frau in
Vorau
Ausche
entwede
Rente
der Red
kennzei
Pfarrge
hören,
daß
belasse
sie ihre
heils-
turnach
auch ihr
Nebe
Schule
daran,
forge.
auch die
entwede
noch in
wie in
multan-
Die So
fer Sch
selben a
fung sei
als Leh
keit sei
viele Leh
sie gera
heften d
lichkeit
gionsun
auf die
ständig
im Int
der Zug
ständig
heute, u
religiöse
führe, d
nicht fol
schon sei
sehr ana
Kirche
chengut
Kraft d
Fabrika
Erterer
dürfe si
letzten
habe. I
halten s
den plet
schauun
rücksicht
hätten.
Gemein
tuelle
Besonde
Kirche
brücken
der Kir
heranzu
Anregun
Die W
Füll
kungswa
dem Ber

Fratt in der Armenpflege seien durchaus gut gewesen. Voraussetzung bei der Trennung müsse allerdings die Ausschcheidung des Kirchengutes sein, damit die Kirche entweder ein genügendes Kapital oder eine entsprechende Rente zur Erfüllung der ihr obliegenden Arbeit habe. Nachdem der Redner die Haltung der Parteien zu der Frage gekennzeichnet hatte, gab er dem Wunsche Ausdruck, die Pfarrgenossen, die der sozialdemokratischen Partei angehören, möchten bei ihrer Partei dafür eintreten, daß der Kirche der öffentlich-rechtliche Charakter belassen werde wie der bürgerliche Gemeinde, damit sie ihren Charakter als Gnadenanstalt, als Wahrheits- und Gewissensmacht, als Menschheits- und Kulturmacht beibehalten könne. In diesem Sinne solle sie auch ihre Bedeutung als Volkskirche aufrechterhalten.

Ueber das künftige Verhältnis von Kirche und Schule sprach Stadtpfarrer Schmidt. Er erinnerte daran, daß der Staat eigentlich jetzt schon für die Schullehre Sorge. Die Lehrerbildungsanstalten seien staatlich und auch die geistliche Orts- und Bezirkschulaufsicht sei größtenteils ausgeübt. Die Konfessionsschule sei auch nur noch in der Volksschule. Jetzt sei aber sowohl im Volk wie in Lehrkreisen eine starke Strömung für die Simultan-(Einheits-)Schule, die alle Konfessionen umfasse. Die Sozialdemokratie wünsche nun, daß Religion in dieser Schule nicht gegeben werde, sondern außerhalb derselben als privater Unterricht, eine andere angestrebte Lösung sei die, daß der Religionsunterricht auch weiterhin als Lehrfach in der Schule erteilt werde. Die Geistlichkeit sei für letztere Lösung, und sie würde da auch durch viele Lehrer unterstützt, die die Anschauung vertreten, daß sie gerade durch Erteilung des Religionsunterrichts am besten die Seele des Kindes kennen lernen. Die Geistlichkeit in ihrem jetzigen Umfang könne auch den Religionsunterricht nicht allein übernehmen; sie müsse sich da auf die Mitwirkung der Lehrer stützen können, selbstverständlich ohne Gewissenszwang ausüben zu wollen. Auch im Interesse des Staates liege die religiöse Erziehung der Jugend, denn diejenige Sittlichkeit sei immer die beständigste, die einer tiefen Frömmigkeit entspringe. Und heute, wo unser sittliches Leben so erschüttert sei, könne religiöse ernste Arbeit, die wieder zur Gewissenhaftigkeit führe, das staatliche Leben erneuern. Den Religionsunterricht sollen alle Schüler besuchen müssen, wenn die Eltern nicht direkt die Erlaubnis dazu verweigern, wie das schon seit 1907 eingeführt war. — In der nachfolgenden sehr angeregten Erörterung bemerkte Lehrer Beck, die Kirche solle nicht so sehr auf der Herausgabe des Kirchengutes bestehen, und damit gewissermaßen ihre innere Kraft diskreditieren. Auch Hauptlehrer Nischele und Fabrikant Hank unterstützten diese Gedankengänge. Ersterer meinte, gerade der ehrliebe Anhänger der Kirche dürfe sich nicht der Tatsache verschließen; daß in den letzten Jahren der Besuch des Gottesdienstes nachgelassen habe. Man müsse alle Volkskreise der Kirche zu erhalten suchen. Die Kirche dürfe sich nicht zu sehr auf den pietistischen Standpunkt stellen, sondern auch die Anschauungen der Anhänger der linksstehenden Parteien berücksichtigen, damit wir auch eine wahre Volkskirche hätten. Er verspreche sich von Besprechungsabenden für Gemeindegewissen und Geistlichen sehr viel, wobei kulturelle Erziehungsfragen besprochen werden könnten. Besonders im Sinne des sozialen Ausgleichs müsse die Kirche tätig sein, die gesellschaftlichen Gegensätze zu überbrücken suchen. Auch G. R. Zaun erblickte die Aufgabe der Kirche darin, weite Volkskreise zum religiösen Leben heranzuziehen. Dekan Zeller nahm die verschiedenen Anregungen mit Dank entgegen.

Die Wahlordnung zur Landes- und Nationalversammlung.

Für die bevorstehenden Landes- und Nationalwahlwahlen ist eine neue Wahlordnung vorgegeben, die auf dem Verhältniswahlssystem beruht. Bei diesem Wahlssystem

werden große Landkreise in Einheiten zusammengefaßt, deren jede eine größere Zahl von Abgeordneten stellt, wobei sich die Parteien in die zu vergebenen Sitze nach der Höhe der für sie abgegebenen Stimmen teilen. Sind beispielsweise in einem Gebiete zehn Abgeordnete zu wählen, so hat eine Partei, die 50 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hat, Anspruch auf 5, eine Partei mit 20 Prozent Stimmen Anspruch auf 2 Mandate, eine mit 10 Prozent Stimmen auf 1 Mandat usw. Bei Feststellung des Wahlergebnisses wird im einzelnen folgende Rechnung angestellt: Es werden die Stimmzahlen der Parteien durch 2, 3, 4 usw. geteilt und die für den Wahlkreis zu wählenden Abgeordneten in der Reihenfolge der Höchstzahlen auf die sich bewerbenden Parteien verteilt. Ein Beispiel mag dies klar machen. In einem Wahlkreis, wobei unter Wahlkreis im Gegenfalle zu früher immer das die größere Einheit darstellende Landgebiet, also bei uns Württemberg, zu verstehen ist, seien 5 Abgeordnete zu wählen. (Der Einfachheit halber ist die Zahl so niedrig angenommen.) Es sind drei Parteien: Sozialdemokraten, Deutsche Demokratische Partei und Bürgerpartei, mit Listen, worüber gleich zu reden sein wird, in den Wahlkampf eingetreten. Davon erzielte die Liste der Bürgerpartei 48 000, diejenige der Demokraten 60 000 und die der Sozialdemokraten 93 000 Stimmen. Dann führt die angegebene Wahlberechnung zu folgendem Ergebnis:

	Bürgerpartei	Demokraten	Sozialdemokr.
Stimmen:	48 000	60 000	93 000
dividiert durch 2	24 000	30 000	46 500
dividiert durch 3	16 000	20 000	31 000

Daraus ergibt sich folgendes Bild: Die höchsten fünf Zahlen (soviel wie Mandate), entfallen mit 93 000 auf die Sozialdemokraten, mit 60 000 auf die Demokraten, mit 48 000 auf die Bürgerpartei und mit 46 500 und 31 000 wiederum auf die Sozialdemokraten. Mit andern Worten heißt das: Die Sozialdemokraten erhalten in dem betreffenden Wahlkreise 3, die Demokraten und die Bürgerpartei je 1 Vertreter.

Wie geht nun die Kandidatenaufstellung vor sich? Diese erfolgt durch Listen. Dazu reicht jede der Parteien, die sich um Mandate bewerben, vor der Wahl bis zu einem bestimmten Termin eine Liste von Namen ein, die in einer erkennbaren Reihenfolge angeordnet sein müssen, und die Wähler stimmen nicht für einzelne Namen, sondern für die ganze Liste. Wenn also in unserm Beispiel die Sozialdemokraten vorgeschlagen hatten: Haase, Cohn, Herzfeld, Landsberg, Rosenfeld, die Demokraten: Fischbeck, Preuß, Simons, Friedberg, Hermann, die Bürgerpartei: v. Westarp, v. Oldenburg, Schulze, Müller und Lehmann, so wären als gewählt zu betrachten: Haase, Fischbeck, v. Westarp, Cohn und Herzfeld.

Es gibt nun für die Parteien ein Mittel, ihre tatsächlichen Aussichten bei der Verhältniswahl zu bessern und das liegt in der Verbindung der Listen. Zwei oder mehr Parteien können bei der Einreichung der Listen erklären, daß sie ihre Listen als verbunden betrachtet wissen wollen. Dann wird nicht die von den einzelnen Listen, sondern die von den verbundenen Listen erzielte Stimmzahl geteilt. Greifen wir einmal auf unser früheres Beispiel zurück. Hätten die Bürgerlichen, also Demokraten und Bürgerpartei, ihre Listen verbunden, so wären im Wahlkampfe erzielt worden von den Sozialdemokraten 93 000, von den verbundenen Demokraten und Bürgerparteilern 108 000 Stimmen. Danach ergibt sich folgendes Bild:

	Verbund. Bürgerl.	Sozialdemokraten
Stimmen:	108 000	93 000
dividiert durch 2	54 000	46 500
dividiert durch 3	36 000	31 000

Die vereinigten Bürgerlichen haben also nunmehr Anspruch auf 3 Mandate, die Sozialdemokraten nur noch auf 2. Durch die Verbindung ihrer Listen ist demnach den Bürgerlichen ein wesentlicher Vorteil zugefallen. Die Unterverteilung erfolgt nach demselben System wie die erste allgemeine Zuweisung, also:

	Bürgerpartei	Demokraten
Stimmen:	48 000	60 000
dividiert durch 2	24 000	30 000
dividiert durch 3	16 000	20 000

Drei Mandate sind auf Bürgerpartei und Demokrat. Partei zusammen zu verteilen; davon erhalten demnach die Demokraten mit 60 000 Stimmen, die Bürgerpartei mit 48 000 und die Demokraten wieder mit 30 000 Stimmen 1 Mandat, also Demokraten insgesamt 2, die Bürgerpartei 1 Mandat.

Die Verhältnis- und Listenwahl hat sowohl Vorteile wie Nachteile. Ihr entschiedener und ausgesprochener Vorteil liegt darin, daß Minderheiten nicht von vornherein zur Ausschließlichkeit bei Bewerbungen um Mandate verurteilt sind. Jetzt gibt es also für die Launen und Gleichgültigen nicht mehr die bekannte Entschuldigung: „Es nützt ja doch nichts.“ Keine Stimme ist durch den Wohlwille ihres Trägers von vornherein zur Ausschließlichkeit verurteilt. Das ist ein großer Vorteil. Das müssen wir mit aller Macht ausnutzen.

Darum auf zu rüstiger, von Zuversicht und Hoffnungsfreudigkeit geschwelter Wahlarbeit. Deutsche Frauen und Männer, helft mit dem Wahlzettel in der Hand an den Tagen des 12. und 19. Januar mit, damit wir wieder nach innen und außen geordnete und sichere Zustände zu schaffen vermögen.

2222
Liebenzell, 3. Jan. Am 26. Dezember 1918 fand die zweite Generalversammlung des hiesigen Ziegenzüchtereivereins statt. Leider mußte auf den von einem auswärtigen Referenten in Aussicht gestellten Vortrag wegen den schwierigen Verkehrsverhältnissen verzichtet werden. Vorstand Hamberger eröffnete die Versammlung und begrüßte insbesondere die vom Felde zurückgekehrten Krieger. Hierauf wurde der Kassenbericht erstattet und genehmigt. Bei der nun folgenden Neuwahl wurde der seitherige Vorstand einstimmig wiedergewählt; außerdem wurden in den Ausschuss gewählt die Herren: E. Staab, R. Bauer, R. Luß, J. Geigle und H. Schwarzmaier. Die anschließende Preisverteilung von der im Sommer stattgefundenen Schau ergab keinerlei Beanstandung. Auf Antrag aus der Mitte der Versammlung wurde beschloffen, den Mitgliedsbeitrag auf 2 Mk. zu erhöhen. Nachdem dem Vorstand für die besonders im letzten Jahre gehaltenen Bemühungen für die erfolgreiche Herbetschaffung von Futtermitteln der Dank ausgesprochen war, wurde die Versammlung geschlossen.

(S. B.) Ellwangen, 1. Jan. Im Jahre 1918 konnte das hiesige Blatt, die „Tsp- und Tagzeitung“, die Feier ihres hundertjährigen Geburtsfestes begehen. Chefredakteur Reiff hat daher nach Beendigung des Krieges auf dem letzten Tag des Jahres eine Jubelnummer herausgegeben, die außer der Geschichte des Blattes in den letzten hundert Jahren noch eine Uebersicht über sämtliche Zeitungsercheinungen in der guten Stadt Ellwangen seit dem Ende des 18. Jahrhunderts bringt.

Druck und Verlag der A. Döschlagerschen Buchdruckerei, Calw. Für die Schriftl. verantwortl. Otto Seifmann, Calw.

Reklameteil.

Besitz von
Heeresgut aus unlauteren Quellen
wird bestraft mit
Gefängnis
bis zu 5 Jahren und 100 000 Mark Geldstrafe.
Darum:

Liefert ab!

Reichsverwertungsamt, Berlin W8, Friedrichstrasse 66.

Bezirks-Jugendwehr Calw.

Nach einer Mitteilung des Arbeitsausschusses der Württ. Jugendwehr ist auf Grund eines Beschlusses der prov. Regierung vom 30. Nov. v. J. die

Württ. Jugendwehr aufgelöst

worden. Die prov. Regierung ist bei ihrem Beschluß von der Erwägung ausgegangen, daß die Jugendwehren im Zusammenhang mit der bevorstehenden Aenderung der Wehrrordnung auf eine völlig neue Grundlage gestellt werden. Die Jungmänner, die an den Übungen regelmäßig teilgenommen haben, erhalten über ihre Teilnahme eine Bescheinigung.

Die im Oktober v. J. an die Jugendwehrleitungen hinausgegebenen Formulare für Neuaufnahme des der Heeresverwaltung gehörenden Inventars wollen umgehend ausgefüllt an den Unterzeichneten eingekandt werden.

Der Arbeitsausschuß und mit ihm der Bezirksvorsitzende nehmen herzlich Abschied von den Jugendwehren und den bisherigen Mitarbeitern an denselben und sprechen diesen Herren für ihre erfolgreiche, mühevollen und opferwillige Tätigkeit und allen denselben Herren, die sich sonst um die Jugendwehrrsache verdient gemacht haben, ihren wärmsten Dank aus.

Calw, 7. Januar 1919.

Der stellv. Vorsitzende: Gewerbelehrer Aldinger.

Jugendwehr Calw.

Die Leitung gibt hiemit die

Auflösung der Calwer Jugendwehr

bekannt.

Da die der Jugendwehr im Lauf der Jahre von der Heeresverwaltung teilweise überlassenen Ausrüstungsgegenstände wie Karten, Winklerflaggen, Spaten, Beispicken, Zeltbahnen, Leibriemen, Brotbeutel etc. wieder zurückgegeben werden müssen, so ergeht an alle, die sich noch im Besitze eines der Jugendwehr geliehenen Heeresguts befinden, die Aufforderung, dieses unverzüglich bei der Leitung abzugeben.

Die Leitung nimmt herzlich Abschied von den Jungmännern und ihren Führern und wünscht, daß unter den gewesenen Jungmännern die Liebe zu unserem schwer geprüften Vaterlande auch weiterhin den Geist edler Kameradschaft und Rücksicht nehmender Selbstsucht zum Wohle eines gedeihlichen Gesellschaftslebens sich betätigen läßt.

Herzlicher Dank sei den Führern für ihre selbstlose, aufopfernde Mitarbeit hiemit ausgesprochen, herzlich Dank auch der Stadtgemeinde, den Freunden und Gönnern für die erwiesenen Aufmerksamkeiten und Unterstützungen.

Calw, 7. Januar 1919.

Der stellv. Leiter: Gewerbelehrer Aldinger.



Pferde-Versteigerung

in Ludwigsburg, Reithausplatz,
vom 8. bis 11. Januar 1919.

1. Ersatz-Pferde-Depot.

Windhof Calw.

Fahrnis-Versteigerung.

Aus dem Nachlaß der verstorbenen Schnürle'schen Eheleute verkaufe ich am Donnerstag, den 9. Januar, nachmittags von 1/2 12 Uhr gegen Barzahlung:

Bücher, verschiedene Herrenhüte, 1 vollständiges

Jüngeres, fleißiges

Mädchen

wird für kleinen Haushalt sofort gesucht. Angebote unter R. R. 100 an die Geschäftsstelle des Blattes.

Ordentliches, fleißiges

Mädchen,

nicht unter 17 Jahren für Haus und Landwirtschaft bei guter Behandlung auf 1. Februar gesucht. Näheres in der Geschäftsst. ds. Bl.

Suche auf 15. Januar oder 1. Februar ein ehrliches, fleißiges

Mädchen

nicht unter 18 Jahren für Haus u. Landwirtschaft.

Breitling, 3. „Hirsch“
Neubulach.

Fleißiges, ehrliches

Dienstmädchen

mit guten Zeugnissen für sofort od. 15. Januar bei hohem Lohn zu kleiner Familie gesucht.

Frau J. Goldbaum, Pforsheim Obere Rodstraße 2.

Suche zu sofortigem Eintritt einen tüchtigen

Pferdeknecht

für Landwirtschaft zu 2 Pferden, ferner ein jüngeres

Mädchen

zur Beihilfe der Frau.

Persönliche Vorstellung erwünscht

Robert Beyerle, 3. „König“
Weilberstadt.

Dienstboten gesuche

sind in unserem Blatte stets von Erfolg, da der grösste Teil der Auflage auf dem Lande Verbreitung findet. ---

Hausknecht

gesucht.

Suche einen jüngeren Burschen, der mit Pferden umgehen kann.

Schöning 3. Hirsch.

Württembergische Bürgerpartei, Ortsgruppe Calw.

Am Dienstag, den 7. Januar, abends 7 Uhr, findet im „Badischen Hof“ die

Gründungs-Versammlung unserer Ortsgruppe

statt, zu der wir alle Mitglieder und solche, die es werden wollen, freundlichst einladen.

Altburg.

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 9. Januar 1919, stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Altburg freundlichst einzuladen.

Jakob Kugele, Schreiner in Hirsau,
Sohn des Jakob Kugele, Bauer in Altburg,

Kathrine Kugele, geb. Hack,

Tochter des Johann Georg Hack, Waldschütz in Altburg.
Kirchgang um 1/2 12 Uhr in Altburg.

Wir suchen zu kaufen:

50 cbm geschlagene Kalksteine

Angebote franko Fabrikhof erbeten.

Bereinigte Deckenfabriken Calw A.-G.

Tüchtige Plazarbeiter

können sofort eintreten im

Sägewerk Hirsau.

Fleißige, strebsame Jungen

als Lehrlinge für meine Schlosserei,
Dreherei und Flaschnerei gesucht.

Ernst Wolff, Südb. Metallindustrie, Unterreichenbach.

Guterhaltene

Konzertzither

zu kaufen gesucht. Näheres durch
F. Reisenfelder, Badst. 351.

Barkett-Linoleum-

Hausverkauf.

Neueres



Wohnhaus

in freier Sommerlich. Lage enthaltend
3 Wohnungen nebst allem Zubehör